



Nr. 41

7. Dezember 2017

Inhalt

[Beamten- und Tarifpolitik: Austausch mit Bundesinnenminister de Maizière](#) +++

[dbb fordert Beamtenstatus für alle Lehrkräfte](#) +++

[Beschäftigte in Postnachfolgeunternehmen gehören nicht aufs Abstellgleis](#) +++

[Neue Bundesregierung soll Probleme in Jobcentern angehen](#) +++

[Europa: Solidarität ist Schlüsselmoment](#) +++

[dbb bundesfrauenvertretung: Entgeltgleichheit schaffen, Rentenlücke schließen](#) +++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[NRW: Widersprüche und Anträge wegen Anpassung der Familienzuschläge werden auf Antrag ruhend gestellt](#) +++

[DSTG begrüßt „Schwarze Liste“ der EU über Steueroasen](#) +++

[VBE zu Lese-Studie: „Wer zu wenig investiert, erreicht keine Spitzenplätze“](#) +++

[DPolG: Bereitschaftspolizei des Bundes braucht weitere Verstärkung](#) +++

[BTB: Arbeitsschutzverwaltung personell und strukturell verbessern](#) +++

[VDR: Viele Länder müssen bei Digitalisierung in Schulen aufholen](#) +++

[Verwendungszulage: BDZ will zeitnahe Auszahlung](#) +++

[Namen und Nachrichten](#)+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

Beamten- und Tarifpolitik: Austausch mit Bundesinnenminister de Maizière

Aktuelle beamten- und tarifpolitische Themen standen im Mittelpunkt des ersten Spitzentreffens der neu gewählten dbb-Führung mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière am 5. Dezember 2017 in Berlin.

De Maizière und Staatssekretär Hans-Georg Engelke hießen den dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach, den Zweiten Vorsitzenden und Fachvorstand Beamtenpolitik Friedhelm Schäfer sowie den stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Fachvorstand Tarifpolitik Volker Geyer im Bundesinnenministerium willkommen und gratulierten den drei hauptamtlichen Mitgliedern der dbb Bundesleitung zu ihrer Wahl.

Ein zentrales Thema war das beamtenrechtliche Streikverbot, über das Mitte Januar 2018 vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt wird. „Das Streikverbot ist Kernbestandteil des Berufsbeamtentums und gehört zu unseren Verfassungsgrundsätzen. Wer es abschaffen will, legt Hand an die Stabilität unseres Staates“, machte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach deutlich. Zwischen den Gesprächspartnern bestand völlige Einigkeit darüber, dass dem Berufsbeamtentum ein ausgeglichenes Verhältnis von Rechten und Pflichten zugrunde liegt. Silberbach: „Es gibt keine Unterscheidung in hoheitliche oder nicht hoheitliche Beamte, es gibt keine ‚Beamte light‘. Auch die Schule und der Lehrerberuf sind kein Experimentierfeld, sondern gehören zum Kern der hoheitlichen Aufgaben. Hier gilt Streikverbot.“ Mit Blick auf die ebenfalls angesprochene Wochenarbeitszeit der Bundesbeamten erneuerte die dbb-Delegation die Forderung nach einer

Angleichung an das Niveau der Tarifbeschäftigten. Weitere Themen waren die vom dbb angemaßte Modernisierung des aus dem Jahr 1974 stammenden Bundespersonalvertretungsgesetzes sowie die aktuelle Diskussion über eine von der SPD zum politischen Ziel erklärte Bürgerversicherung. Auch hier bezogen Silberbach, Schäfer und Geyer gegenüber dem Bundesinnenminister klar Position: „Mit einer solchen Einheitskasse würde nichts besser, sondern sehr Vieles sehr viel schlechter“, warnte dbb Chef Silberbach und fügte hinzu, dass der dbb die SPD-Vorstöße als Angriff auf das bewährte eigenständige und verfassungsrechtlich verankerte Sicherungssystem der Beamten betrachte. „Dem werden wir uns mit aller Entschlossenheit entgegenstellen“, betonte Silberbach.

Von der ab Februar 2018 anstehenden Einkommensrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen erwarten die Gewerkschaften in erster Linie ein spürbares Einkommensplus. In Anbetracht der zunehmenden Schwierigkeiten, geeigneten und motivierten Nachwuchs für den öffentlichen Dienst zu gewinnen, müsse das Gehalt als wesentliches Attraktivitätsmerkmal nachhaltig gestärkt werden, erklärten die dbb-Vertreter, dies gelte sowohl für den Arbeitnehmer- als auch für den Beamtenbereich. (01/41/17)

Lin-Klitzing neue DPhV-Chefin

dbb fordert Beamtenstatus für alle Lehrkräfte

Ein klares Bekenntnis der Länder zum Beamtenstatus für alle Lehrerinnen und Lehrer hat der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach beim 40. Deutschen Philologentag am 30. November 2017 in Berlin gefordert.

„Wenn der Staat die allgemeine Schulpflicht anordnet, hat er auch dafür Sorge zu tragen, dass diese Schulpflicht dauerhaft und ausfallfrei erfüllt werden kann: Unterricht muss verlässlich stattfinden. Dafür braucht es ausreichend qualifiziertes Personal, das wegen seiner verantwortungsvollen Aufgabe ausnahmslos in einem besonderen Pflicht- und Treueverhältnis zu stehen hat“, sagte Silberbach. „Be-

amte sind hier also die Idealbesetzung. Deswegen erwarten wir, dass die Länder sich klar zum Beamtenstatus für Lehrkräfte bekennen.“ Silberbach forderte auch mehr Respekt für die Lehrerinnen und Lehrer: „Sie tragen einen Großteil dazu bei, junge Menschen zu umfassend gebildeten, eigenständig denkenden und handelnden Bürgerinnen und Bürgern zu machen. Damit leisten die Lehrkräfte in unserem Land einen der wichtigsten Dienste für unser

gesamtes Gemeinwesen – das verdient Respekt und Wertschätzung.“ Mit großer Sorge sehe er daher die gegenüber Lehrerinnen und Lehrern wachsende Aggression durch Schüler, aber auch durch Eltern. Wichtig sei es, dass Gesellschaft und Dienstherrn klare Zeichen gegen Gewalt und Attacken gegenüber den Beschäftigten setzten, mahnte der dbb Chef. Die Vertreterversammlung des Deutschen Philologenverbandes (DPhV) wählte am 1. Dezember 2017 die 54-jährige Susanne Lin-Klitzing als Nachfolgerin von Heinz-Peter Meidinger zur neuen Bundesvorsitzenden. Lin-Klitzing kündigte an, sich offensiv für eine anspruchsvolle Profilierung des Gymnasiums einzusetzen. „Das Kerngeschäft der grundständigen gymnasialen Bildungsarbeit ist der kognitiv anspruchsvolle, fordernde und fördernde Fachunterricht mit dem Ziel der vertieften Allgemeinbildung, Wissenschaftspropädeutik und

Studierfähigkeit“, sagte Lin-Klitzing in ihrer Antrittsrede. Sie werde sich für eine schulartspezifische gymnasiale Lehrerbildung und eine dementsprechende Lehrerbesoldung einsetzen.

„Wir haben eine besondere Perspektive, die wir uns nicht nehmen lassen sollten: Es geht im gymnasialen Bildungsgang um wissenschaftsorientierte Bildung für die jungen Menschen“, erklärte Lin-Klitzing. Dazu gehöre auch, sich der Herausforderung der zunehmenden gesellschaftlichen Digitalisierung zu stellen, gleichzeitig aber einem verkürzten Verständnis von sogenannter „Digitaler Bildung“ entgegenzutreten. „Reflektierte Bildungsprozesse der Schülerinnen und Schüler stehen im Vordergrund gymnasialer Bildungsarbeit. Dazu bedarf es heutzutage aber auch einer angemessenen digitalen Infrastruktur an den Gymnasien.“

(02/41/17)

Dahlhaus neue Vorsitzende der DPVKOM

Beschäftigte in Postnachfolgeunternehmen gehören nicht aufs Abstellgleis

Die Beschäftigten in den Postnachfolgeunternehmen brauchen faire Arbeitsbedingungen. „Viele Beschäftigte fühlen sich aber eher auf einem Verschiebebahnhof“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 30. November 2017 auf dem Gewerkschaftstag der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) in Berlin.

„Gerade beamtete Kolleginnen und Kollegen, die mit großem Engagement zum Aufbau des Unternehmens beigetragen haben, fühlen sich abgewickelt oder abgeschoben, etwa zu Viento“, kritisierte Silberbach. Man könne zwar nicht sagen, dass beim Privatisierungsprojekt Post alles misslungen sei. Gelungen sei es aber mit denselben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die zuvor im „Staatsbetrieb Deutsche Bundespost“ gearbeitet haben, konstatierte Silberbach. Bei allem Verständnis für den Wettbewerb der Unternehmen müssten „dauerhafte Aufgaben im Kerngeschäft auch von dauerhaft angestellten, eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfüllt werden – und zwar auf der Basis fairer Tarifverträge“, forderte der dbb Chef. Silberbach verwies auch auf die Probleme von Befristungen, Arbeitsverhältnissen auf Abruf oder Fremdvergaben. Der öffentliche Dienst stehe bei Befristungen mit knapp 7,5 Prozent schlechter da als der Durchschnitt der Privatwirtschaft. „Und fast 20 Prozent Befristungen in den Brief- und Paketniederlassungen lassen sich nicht mit saisonalen Schwankungen sachlich rechtfertigen“, stellte Silberbach fest. Eine

aktive Gewerkschaftsarbeit sei auch bei der Telekom unverzichtbar, wo die drei Bereiche Kundenservice, Technik und Außendienst zwar formal in dieselbe Lohnrunde fallen, die Beschäftigten aber unterschiedliche Tarifverträge haben. Statt einer Entsolidarisierung müsse es auch hier um mehr Wertschätzung für die Beschäftigten gehen.

Zur neuen Bundesvorsitzenden wählte der DPVKOM-Gewerkschaftstag Christina Dahlhaus. Sie folgt auf Volker Geyer, der nach seiner Wahl zum Fachvorstand Tarifpolitik beim dbb sein Amt satzungsgemäß niedergelegt hatte. „Wir wollen und werden Arbeit sozial gestalten“, sagte Dahlhaus in ihrer Grundsatzrede und ging insbesondere mit den Vorständen der Deutschen Post und der Deutschen Telekom hart ins Gericht. Diese hätten nur ein Ziel, nämlich die Gewinnmaximierung um jeden Preis. Mitarbeiter würden nur noch als Kostenstellen betrachtet. Das sei unsozial. Hinsichtlich einer sozialen Gestaltung der Arbeitswelt sei aber auch die Politik gefordert. An die Adresse von mehreren anwesenden Bundestagsabgeordneten gerichtet sagte Christina

Dahlhaus: „Die Regelungsmöglichkeiten für eine soziale Gestaltung der Arbeitswelt liegen in Ihrer Hand. Sorgen Sie dafür, dass es keine Tariffucht mehr gibt. Ändern Sie das Teilzeitbefristungsgesetz und schaffen Sie das Tarifeinheitsgesetz ab. Sorgen Sie dafür, dass Betriebsübergänge nicht auf der Tagesordnung stehen und führen Sie Mechanismen für

einen wirksamen Überlastungsschutz ein.“ Eine Verbesserung des Arbeitsschutzes und eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte seien auch im Hinblick auf die Digitalisierung der Arbeitswelt erforderlich. „Arbeit 4.0 braucht auch einen Beschäftigungsschutz 4.0“, so die DPV-KOM-Bundesvorsitzende.
(03/41/17)

Neue Bundesregierung soll Probleme in Jobcentern angehen

„Ob Schutz der Beschäftigten oder Arbeitsbedingungen: Die kommende Bundesregierung muss die zahlreichen Probleme in den Jobcentern endlich angehen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach bei einem Treffen der Jobcenter-Personalräte am 5. Dezember 2017 in Berlin.

Von zentraler Bedeutung für den dbb sei der Schutz der Beschäftigten. Silberbach: „In den vergangenen Jahren kam es immer wieder zu Übergriffen auf die Kolleginnen und Kollegen in den Jobcentern, wie in vielen anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes auch. Hier darf das Engagement der Verantwortlichen nicht nachlassen, beispielsweise durch bauliche Maßnahmen und Schulungen die Sicherheit der Beschäftigten weiter zu verbessern.“ Bei den Arbeitsbedingungen gebe es ebenfalls noch viel zu tun. Etwa Dreiviertel der über 400 Jobcenter in Deutschland sind gemeinsame Einrichtungen von der Bundesagentur für Arbeit (BA) und einem kommunalen Träger, entsprechend setzen beide Organisationen dort ihr Personal ein. „Für Beschäftigte in ein und demselben Jobcenter kommt damit entweder der Tarifvertrag für die BA oder der für die

Kommunen beziehungsweise in den Stadtstaaten der für die Länder zur Anwendung. Die Folge sind teils erhebliche Unterschiede bei den Arbeitsbedingungen, beispielsweise Gehaltsdifferenzen von mehreren hundert Euro für die selbe Tätigkeit. Dieser Zustand ist nicht länger hinnehmbar“, erklärte Silberbach. „Die Politik muss den Druck auf die öffentlichen Arbeitgeber erhöhen.“ Teilweise funktioniere auch die Abstimmung zwischen den Trägern nicht ideal, so Silberbach weiter. Die Selbstverwaltung der Jobcenter vor Ort müsse gestärkt werden. „Wir ermutigen die Geschäftsführungen der einzelnen Jobcenter, die ihnen vom Gesetzgeber eingeräumten Kompetenzen unter Einbeziehung der örtlichen Personalräte wahrzunehmen – auch, wenn sie damit bei den Trägern mal anecken sollten“, sagte der dbb Chef.
(04/41/17)

Europa: Solidarität ist Schlüsselmoment

„Solidarität wird das entscheidende Schlüsselmoment für die Zukunft der Europäischen Union sein.“ Das hat der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach im Vorfeld des 27. Europäischen Abends am 4. Dezember 2017 in Berlin betont.

Nur mit einer offenen und gründlichen Diskussion über die Frage, „wie viel Solidarität Europa braucht und wie viel Solidarität die Europäerinnen und Europäer als seine Bewohner zu leisten bereit sind, werden wir ein funktionierendes Gemeinwesen schaffen können, das alle Mitgliedstaaten fit für die anstehenden Herausforderungen macht, die längst schon nicht mehr durch den jeweiligen Nationalstaat gemeistert werden können“, machte der dbb

Chef deutlich. Es dürfe dabei nicht nur um finanzielle Transfers gehen – „sie allein werden den Menschen Europa nicht näherbringen“. Die Union brauche Antworten mit Blick auf die Migration und die Bewältigung der Flüchtlingskrise, terroristische Gefahrenlagen, den bevorstehenden Brexit, die besorgniserregenden rechtsstaatlichen Entwicklungen in einzelnen EU-Mitgliedstaaten oder etwa die Bedeutung einer europäischen Säule der sozialen Rechte. „Europa ist in den vergangenen Jahren ausei-

mandergedriftet, aber Megatrends wie die Globalisierung, die Digitalisierung, die Erderwärmung und der demografische Wandel verlangen nach überzeugenden gemeinsamen Antworten. Unsere wechselseitige Abhängigkeit, zu der es in Anbetracht dieser Rahmenbedingungen keine Alternative gibt, erfordert Zusammenhalt, also Solidarität“, mahnte Silberbach und betonte, dass der dbb ein europäischer Verband sei, der sich als wichtige gesellschaftliche Kraft für ein europäisches Deutschland in einem vereinten Europa engagieren wolle. Der Europäische Abend ist eine Kooperationsveranstaltung von dbb beamtenbund und tarifunion, der Europa-Union Deutschland, dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement sowie der Vertretung der Europäischen

Kommission in Deutschland. Beim 27. Europäischen Abend mit dem Titel „Europäische Solidarität: Was darf's kosten?“ diskutierten nach einer Impulsrede vom deutschen EU-Kommissar für Haushalt und Personal Günther Oettinger der Gesandte für Wirtschaftsangelegenheiten der Französischen Botschaft Etienne Oudot de Dainville, ehemaliger Wirtschaftsberater von Premierminister François Fillons, die Europaparlamentarier Helga Trüpel und Herbert Dorfmann, die Bundestagsabgeordneten Michael Theurer und Prof. Dr. Lars Castellucci sowie der Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Christian Calliess über den Wert und die Kosten europäischer Solidarität.
(05/41/17)

dbb bundesfrauenvertretung: Entgeltgleichheit schaffen, Rentenlücke schließen

Die dbb bundesfrauenvertretung hat wirkungsvolle Maßnahmen zur Aufhebung der geschlechterbedingten Lücke in der Alterssicherung gefordert. „Damit Männern und Frauen im Alter die gleichen Mittel zur Verfügung stehen, müssen wir im Arbeitsleben für gerechte Verhältnisse sorgen. Dazu gehört in erster Linie die Bekämpfung von geschlechterbedingter Entgeltdiskriminierung“, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 7. Dezember 2017.

Insbesondere unumkehrbare Teilzeitvereinbarungen verwiesen Frauen auf die unteren Einkommensränge. „Ein Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit ist ein Muss, um zu mehr Entgeltgerechtigkeit und am Ende zu ausgeglichenen Altersbezügen im Ruhestand zu kommen“, stellte Wildfeuer klar. Dies müsse Hand in Hand mit einer Überarbeitung der Beurteilungspraxis im öffentlichen Dienst erfolgen. Schließlich bilde diese dort die Grundlage für Beförderungen in besser dotierte Beschäftigungsverhältnisse. „Es gibt klare Anzeichen dafür, dass im öffentlichen Dienst die Leistung von Teilzeitbeschäftigten auffällig oft schlechter bewertet wird als die von Vollzeitbeschäftigten. Da Frauen häufiger als Männer zu Gunsten der Familie ihre Arbeitszeit reduzieren, sind sie auch überwiegend betroffen.“ Darüber hinaus erneuerte Wildfeuer ihre langjährige Forderung nach einer gleichmäßigen Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rente und in der Beamtenversorgung. „Kindererziehung muss für alle, die sie übernehmen,

in gleichem Maße in der Alterssicherung berücksichtigt werden – das gilt für Beamtinnen und Beamte ebenso wie für Angestellte. Hier muss die Politik dringend nachsteuern und eine wirkungsgleiche Übertragung der sogenannten 'Mütterrente' auf den Beamtenbereich anstreben“, so die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung.

Bei der Rentenlücke zwischen Männern und Frauen ist Deutschland laut einer aktuellen OECD-Studie Spitzenreiter vor den Niederlanden, Luxemburg, Großbritannien und Österreich. Auf 46 Prozent beziffern die OECD-Experten den aktuellen Rentenunterschied zwischen Männern und Frauen in Deutschland. Auch künftig würden Frauen wohl niedrigere Renten als Männer erhalten, heißt es in der Studie. Hauptgründe seien eine über OECD-Schnitt liegende Lohnlücke zwischen Frauen und Männern sowie der große Teilzeitanteil bei Frauen.
(06/41/17)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

NRW: Widersprüche und Anträge wegen Anpassung der Familienzuschläge werden auf Antrag ruhend gestellt

Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen sowie des Verwaltungsgerichts Köln hatten zuletzt die Frage aufgeworfen, ob die Alimentation kinderreicher Beamter rechtens ist. Der DBB NRW hatte daher den Betroffenen empfohlen, einen Antrag auf entsprechende Erhöhung der Besoldung beziehungsweise Versorgung zu stellen und gegen die Höhe der Familienzuschläge Widerspruch einzulegen (vgl. dbb aktuell 36/2017).

Das Ministerium der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen hat nunmehr ausdrücklich erklärt, dass diese Anträge/Widersprüche wiederum auf Antrag bis zu einer abschließenden höchstrichterlichen Klärung ruhend gestellt werden und auf die Einrede der Verjährung verzichtet wird, teilte der DBB NRW am 7. Dezember 2017 mit. Es sei den Betroffenen daher zur Rechtswahrung zu empfehlen, das Ruhen des Verfahrens sowie die Erklärung des

Verzichts auf die Einrede der Verjährung zu beantragen. Hierzu könne der dem Inhalt des Erlasses angepasste Musterantrag/-widerspruch verwendet werden, der auf der Internetseite des DBB NRW zur Verfügung gestellt wird. Der Antrag/Widerspruch sei jährlich zu wiederholen.
(07/41/17)

DSTG begrüßt „Schwarze Liste“ der EU über Steueroasen

Die Finanzminister der Europäischen Union (EU) haben eine „Schwarze Liste“ eingeführt, auf der 17 Staaten und Inseln stehen, die sich in internationalen Steuerangelegenheiten „nicht kooperativ“ gezeigt haben und damit öffentlich als „Steueroasen“ eingestuft werden. „Dieser politische Pranger ist absolut notwendig“, erklärte der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Thomas Eigenthaler gegenüber der Funke-Medien-Gruppe am 6. Dezember 2017.

Auch wenn zunächst keine Sanktionen beschlossen worden seien, erfülle ein solcher „Pranger“ eine wichtige Funktion. „Steueroasen fürchte Transparenz und Offenlegung ihres Tuns wie der Teufel das Weihwasser“, so Eigenthaler, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist. Durch die „Schwarze Liste“ erhoffe er sich eine verstärkte Kooperation mit den betroffenen Staaten. Wenn es angesichts der Enthüllungen von „Panama-Papers“ und „Paradise Papers“ nicht zu weiteren Fortschritten bei der Bekämpfung von krimineller Steuerhinterziehung und unseriöser Steuerflucht komme, müsse selbstverständlich in einem weiteren Schritt auch über Sanktionen nachgedacht werden.

Dies bedeute allerdings nicht, so der DSTG Chef, dass man nicht auch im Vorgriff nationale steuerliche Maßnahmen ergreifen könne. Eigenthaler erneuerte in diesem Zusammenhang seine Forderung nach Einführung einer „Beweislastumkehr“: Wer in oder mit Staaten auf der „Schwarzen Liste“ zusammenarbeite und nicht von sich aus gegenüber dem deut-

schen Fiskus volle Transparenz und Kooperation zeige, müsse damit rechnen, dass diese Engagements vor Vornherein im Wege wirtschaftlicher Betrachtungsweise als nicht hinnehmbar eingestuft würden und das deutsche Besteuerungsrecht voll greife. Es könne nicht sein, dass man dubiosen Steuerstrukturen monatelang hinterher recherchieren müsse. Die Beweislast müsse daher vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Deutliche Kritik übte Eigenthaler daran, dass von ursprünglich geplanten 92 Namen auf der Liste am Ende nur 17 übrigen geblieben seien. Eigenthaler: „Warum kehrt die EU nicht auch vor der eigenen Haustüre?“ Auch im Bereich der EU gebe es genügend Staaten, die sich immer noch auf unseriöse Weise mit anderen Staaten auf einen Steuerwettbewerb einließen und die auch dubiose Strukturen ermöglichen. Aus Gründen der Glaubwürdigkeit müsse hier nachgerüstet werden, auch wenn es dem einen oder anderen Mitgliedsstaat weh tue. Es gehe um Steuergerechtigkeit, es gehe um Steuermoral und es gehe vor allem darum,

dass nicht der Ehrliche am Ende des Tages
der Dumme bleibe.

(08/41/17)

VBE zu Lese-Studie: „Wer zu wenig investiert, erreicht keine Spitzenplätze“

„Die Politik lenkt von ihrer Verantwortung ab, wenn sie sich nach internationalen Untersuchungen in pauschale Forderungen flüchtet, Deutschland müsse sich mehr anstrengen“, sagte der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Udo Beckmann zu den Ergebnissen der Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) am 5. Dezember 2017. Die Lesekompetenz deutscher Schüler ist demnach im Vergleich zu anderen Ländern nicht mehr so gut wie bei vorangegangenen Studien.

„Es ist unehrlich, wenn Politik sich hinstellt und die Ergebnisse beklagt, für die sie letztlich selbst verantwortlich ist. Solange wir in Deutschland nicht bereit sind, die Investitionen in den Bildungsbereich und insbesondere in den Primarbereich zu tätigen, die erforderlich sind, wird sich an den Ergebnissen nichts ändern. Gerade individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern ist nur möglich, wenn

hierfür die erforderlichen finanziellen und personellen Ressourcen bereitgestellt werden. Es wird höchste Zeit, dass Politik sich ehrlich macht“, forderte Beckmann. „Die Ergebnisse zeigen, dass es sich rächt, dass Deutschland seit vielen Jahren im internationalen Vergleich zu wenig in Bildung investiert.“

(09/41/17)

DPOIG: Bereitschaftspolizei des Bundes braucht weitere Verstärkung

Bei einem Arbeitsbesuch bei der Direktion Bundesbereitschaftspolizei in Fulda am 5. Dezember 2017 hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOIG) Rainer Wendt die Notwendigkeit hervorgehoben, auch künftig für Verstärkung zu sorgen: „Der Personalaufwuchs, der derzeit vollzogen wird, ist noch nicht in der Praxis angekommen, das ist der Ausbildungsdauer geschuldet. Gleichwohl muss man anerkennen, dass der Bund wirklich Fortschritte macht. Die Bereitschaftspolizei wird aber noch weitere Verstärkung brauchen.“

Die aktuelle Einsatzlage in Deutschland stelle die Bereitschaftspolizei des Bundes vor immense Herausforderungen, so Wendt. Vielfältigkeit und Komplexität des Einsatzgeschehens seien noch nie so ausgeprägt gewesen. Mit Blick auf die Beweissicherungs- und Festnahmeinheit „BFE+“ hob Wendt hervor, dass die DPOIG deren Indienststellung zur Bewältigung robuster Einsatzlagen von Beginn an begrüßt habe. „Die Praxis zeigt, dass die Bundespolizei exakt die richtige Strategie verfolgt,

wenn sie die Fähigkeiten ihrer Einsatzeinheiten aufeinander abstimmt. Bundesinnenminister Thomas de Maizière ist es in der abgelaufenen Legislaturperiode gelungen, erhebliche Mittel für die Sicherheitsbehörden des Bundes insgesamt zu aktivieren. Auch in der Zukunft erwarten wir weitere Anstrengungen, denn die Sicherheitslage erfordert dies“, so Wendt.

(10/41/17)

BTB: Arbeitsschutzverwaltung personell und strukturell verbessern

Der BTB (Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft im öffentlichen Dienst) hat den Zustand der Arbeitsschutzverwaltung in den Bundesländern bemängelt. Die besorgniserregenden Ergebnisse einer Überwachungsaktion in Nordrhein-Westfalen (NRW) seien nur die Spitze des Eisbergs. „Der einzig vernünftige Weg sind das längst überfällige Ende des Personalabbaus und

die Schaffung arbeitsfähiger Verwaltungsstrukturen sowie die Einstellung technischer Fachkräfte“, sagte der BTB Bundesvorsitzende Jan Seidel am 1. Dezember 2017.

Bei 80 Prozent der 329 während der Sonderaktion „Woche des Arbeitsmittels“ überprüften Betrieben in NRW waren offensichtliche technische Mängel ermittelt worden. Allein in einem Drittel der Firmen mussten Gabelstapler, Kräne und sonstige Geräte stillgelegt werden, weil durch sie die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten akut gefährdet wurde. „Der über Jahrzehnte andauernde bundesweite Personalabbau in den Arbeitsschutzverwaltungen der Länder von teilweise mehr als 30 Prozent, flankiert von strukturellen und organisatorischen Veränderungen, ist der echte Skandal

hinter dem erschreckenden Ergebnis der Sonderaktion in NRW“, so Seidel. „Es gibt technisch sinnvolle Vorgaben für mehr Sicherheit und besseren Gesundheitsschutz, die kaum einer kennt und beachtet. Heutzutage werden technische Vorgaben für die Arbeit mit einer gefährlichen Maschine oder Vorschriften für den Umgang mit einem krebserzeugenden Stoff als überflüssige Bürokratie bezeichnet, dies sind leichtsinnige Äußerungen.“

(11/41/17)

Studie „Schule digital – Der Länderindikator 2017“

VDR: Viele Länder müssen bei Digitalisierung in Schulen aufholen

„Die Ergebnisse zeigen, welch enormer Aufholbedarf in vielen Bundesländern im Bereich der Digitalisierung an den Schulen herrscht“, sagte der Bundesvorsitzende des Verbands Deutscher Realschullehrer (VDR) Jürgen Böhm am 30. November 2017 mit Blick auf die Studie „Schule digital – Länderindikator 2017“. Nur knapp 56 Prozent der befragten Lehrkräfte bewerten demnach die IT-Ausstattung ihrer Schule als ausreichend. Erst rund 55 Prozent der Befragten sehen sich ausreichend technisch unterstützt.

„Um Lehrkräfte umfassend technisch wie pädagogisch unterstützen und den Schülern den sinnvollen sowie kritischen Umgang mit digitalen Medien nahebringen zu können, sind umfassende Investitionen sowie eine Verbesserung der Rahmenbedingungen an den Schulen notwendig“, so Böhm, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist. Gleichzeitig warnte er: „In Bezug auf die zu tätigen Investitionen sind politische Schnellschüsse al-

lerdings unbedingt zu vermeiden. Die vorhandenen rechtlichen Spielräume reichen für zusätzliche Finanzierungsmaßnahmen in den Ländern völlig aus. Die existierenden Unterstützungs- und Finanzierungsmöglichkeiten rechtfertigen keine Grundgesetzänderung, die eine enorme und nicht umkehrbare Schulstrukturdebatte und den Verlust an Qualität zur Folge hätte“, so Böhm.

(12/41/17)

Verwendungszulage: BDZ will zeitnahe Auszahlung

Die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) hat am 1. Dezember 2017 eine zeitnahe Nachzahlung der Verwendungszulage (Zulage für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes) für die Beschäftigten in den Besoldungsgruppen A11 und A12 gefordert.

Die Verwendungszulage wurde Ende 2015 abgeschafft. Noch offene Ansprüche der Beschäftigten sollten nach den Vorgaben des Bundesfinanzministeriums (BMF) vollumfänglich geprüft, einmalig für alle Anspruchsberechtigten rückwirkend zum 1. Januar 2012 zentral berechnet und bis Ende 2016 ausgezahlt wer-

den – allerdings erst, wenn alle Bescheide innerhalb einer Besoldungsgruppe bestandskräftig geworden sind.

Dies sei auch geschehen, teilte der BDZ mit – mit Ausnahme der Besoldungsgruppen A11 und A12, in denen sich die meisten Anspruchsberechtigten befinden. Dabei seien dem Vernehmen nach nur noch einige wenige Fälle of-

fen, in denen Klagen beziehungsweise Widersprüche anhängig sind. Im Hinblick auf diese nur noch geringe Zahl offener Verfahren und das bereits weit überschrittene Zahlungsziel solle die Generalzolldirektion die bisherige Verfahrensweise, die Bestandskraft sämtlicher

Bescheide innerhalb einer Besoldungsgruppe abzuwarten, im Sinne der betroffenen Beschäftigten aufgeben und die Auszahlung durch die jeweils zuständigen Besoldungsstellen noch in diesem Jahr vornehmen lassen.
(13/41/17)

Namen und Nachrichten

Beim CESI Youth Congress vom 29. November bis zum 1. Dezember 2017 wurde **Matthäus Fandrejewski** als Vertreter des dbb in seinem Amt als CESI Youth-Representative bestätigt. Als Vize-CESI Youth-Representative wurde Valentina Viviani (CISAL/Italien) gewählt.

„Damit werden nicht mehr zeitgemäße Attraktivitätsbremsen beseitigt“, sagte der Vorsitzende des dbb Landesbundes in Schleswig-Holstein **Kai Tellkamp** am 4. Dezember 2017 mit Blick auf zwei Besonderheiten, die neben den Einkommenserhöhungen für die Beschäftigten auf Landesebene und die Kommunalbeamten ab Januar 2018 greifen: Für die Tarifbeschäftigten wird die Stufe 6 in den Entgeltgruppen 9 bis 15 eingeführt. Für die Beamten bleibt die Absenkung der Besoldungsanpassung zum Aufbau der Versorgungsrücklage aus, da in Schleswig-Holstein mit dem Versorgungsfondsgesetz eine neue gesetzliche Grundlage greift. „Allerdings bleibt noch viel zu tun, wie die Strukturoptimierungen in der Besoldung oder die Weiterentwicklung der tariflichen Eingruppierungsregelungen“, so Tellkamp.

„Auch wenn wir mit künftig zeit- und wirkungsgleichen Besoldungsanpassungen ein dickes Brett durchbohrt haben, dürfen weitere Motivationsfaktoren nicht auf sich warten lassen“, sagte der dbb Landesvorsitzende **Dietmar Knecht** in Mecklenburg-Vorpommern auf dem Rechtspflegertag des Bundes Deutscher Rechtspfleger (BDR) am 29. November 2017 zur Lage der Beschäftigten im Landesdienst. Notwendig seien unter anderem ein Ende des Personalabbaus sowie die Schaffung ausreichender Beförderungsdienstposten. „Wer eine qualitativ hochwertige Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger Mecklenburg-Vorpommerns vorhalten will, muss sowohl motivierend für die Belegschaft als auch attraktiv für Berufseinsteiger sein.“

Anlässlich des Internationalen Tags des Ehrenamtes am 5. Dezember 2017 sagte der Vorsitzende des dbb berlin **Frank Becker**: „Ohne unsere zahlreichen engagierten Kolleginnen und Kollegen könnten wir unsere zielgerichtete gewerkschaftliche Arbeit, die innerhalb der dbb Familie überwiegend ehrenamtlich stattfindet, nicht leisten. Daher ein dickes Dankeschön!“
(14/41/17)

Kommende Termine:

dbb Jahrestagung 2018
7. - 9. Januar 2018, Köln